

Wirtschaftsdienst

Deutscher Volkswirt

Herausgegeben vom hamburgischen Welt-Wirtschafts-Archiv

(Zentralstelle des hamburgischen Kolonialinstituts)

Der Wirtschaftsdienst erscheint wöchentlich einmal. Jahrespreis bei der Post und im Buchhandel 60.— Mark
In Kommission bei Otto Meißners Verlag in Hamburg. Schriftleitung: Hamburg 36, Rothenbaumchaussee 5. Fernsprecher: Hanfa 2447—51

Nr. 50

Hamburg, den 10. Dezember 1920

5. Jahrg.

Befestigung des Markkurses?

Ergebnisse einer Umfrage

Der nordamerikanische Dollar wurde in Hamburg am 12. November $87\frac{3}{4}$ notiert. Am nächsten Tag fiel er auf $85\frac{5}{8}$, am darauffolgenden auf $82\frac{7}{8}$ — $83\frac{3}{8}$. Er stürzte dann am 16. November auf $75\frac{7}{8}$ — $78\frac{5}{8}$ und am 17. November auf $67\frac{1}{8}$ — $71\frac{5}{8}$. Drei Tage später hatte er sich wieder auf $73\frac{5}{8}$ — $74\frac{3}{8}$ gehoben, um am nächsten Tag auf $67\frac{7}{8}$ — $69\frac{1}{8}$ und am 23. November auf $65\frac{1}{8}$ — $68\frac{1}{8}$ zu sinken. Der holländische Gulden hatte am 13. November auf 2527,50—2555,00 gestanden; fünf Tage später notierte er 2037,50—2187,50. Auch bei diesen Zahlen ist zu berücksichtigen, daß die amtlichen Notierungen nicht alle Pendelbewegungen des Marktes und des sich außerhalb der Börsenzeit vollziehenden Devisenhandels aufzeichnen.

Die Lebhaftigkeit dieser Schwankungen und die Unstetigkeit, die durch sie in die deutsche Wirtschaft getragen wird, haben die „Frankfurter Zeitung“ am 24. November veranlaßt, in einem Aufsatz über „die amerikanischen Kreditabsichten und die Valutaschwankungen“ die Frage aufzuwerfen, ob es nicht an der Zeit sei, ein internationales Konsortium zu bilden, das die Schwankungen des Markkurses zwar nicht beseitigen, wohl aber in engere Grenzen bannen könnte. „So unmöglich vorerst eine Stabilisierung ist, so diskutabel wäre eine Beschränkung der willkürlichen Schwankungen. Denn man kann zwar sagen, das Auf und Ab der Valuta sei an und für sich die Folge wirtschaftlicher Vorgänge; man kann aber nicht behaupten, daß die Tatsache, daß in einer Woche der Dollar von 90 auf 60 fällt, um dann wieder auf 74 hinaufzuschwellen, ein natürlicher Vorgang sei. Das ist einfach nicht wahr! Hier liegen Ausschreitungen vor, die sehr wohl zu begrenzen wären. Man kann nicht bestimmen, daß ein Fluß Sommer und Winter denselben Tiefgang und dieselbe Breite hat, wohl aber lassen sich wilde Überschwemmungen durch Dämme verhüten, und so ist es auch mit der Valuta.“

Der Vorschlag der „Frankfurter Zeitung“ geht dahin, ein internationales Konsortium solle nicht nur die Mark, sondern auch die Zahlungsmittel der übrigen Länder mit „schwankender“ (dies soll wohl heißen: stark entwerteter) Währung zum Gegenstand einer kursregelnden Politik machen; es solle Mark zu festen Kursen kaufen und abgeben, die von Zeit zu Zeit nach der Lage der Devisenmärkte festzusetzen und abzuändern seien. Zwischen dem Abgabe- und dem Aufnahmekurs des Konsortiums solle ein hinreichender Spielraum liegen, in dem sich Verschiebungen von Angebot und Nachfrage bemerkbar machen können. Der Aufsatz spricht von der Analogie der Diskontpolitik. Näher liegt der Vergleich mit der Devisenpolitik, wie sie im Frieden besonders von der Österreichisch-Ungarischen Bank,

aber auch von der Deutschen Reichsbank und wohl auch jetzt noch in bescheidenem Umfang von den zuständigen Ämtern geübt wurde. Diese Politik der Kursregelung besteht darin, daß der Staat oder eine andere mit ihr betraute Stelle sich zum wichtigsten Gegenspekulanten am Markte aufwirft und durch seine Bereitschaft zu bestimmten Kursen als Käufer und Abgeber aufzutreten, eine ausschlaggebende Wirkung auf die Preisbildung ausübt. Seine Macht ist indessen durch das Verhältnis von Angebot und Nachfrage auf dem Devisenmarkt begrenzt: er kann auf dieses Verhältnis nur in engen Grenzen einwirken, doch pflegt schon das Vorhandensein eines potentiellen Gegenspekulanten von solchem Format auf die Kurse einen merklichen Einfluß zu haben.

Auf dem Berliner Bankiertag Ende Oktober hatte sich Max Warburg mit großer Entschiedenheit gegen alle Einwirkungsversuche auf diesem Felde im gegenwärtigen Augenblick ausgesprochen, die er für chimärisch hält, solange der Vertrag von Versailles in der bisher geübten Weise angewendet wird; bei andauernd gesteigerter Inflation lasse sich keine Währungspolitik durchführen. Da der Gegenstand uns eine Betrachtung von verschiedenen Seiten zu rechtfertigen scheint, haben wir uns an einige führende Persönlichkeiten der hamburgischen Wirtschaft gewandt und sie um eine Äußerung zu diesem Thema gebeten. Wir sind in der Lage, zwei solcher Zuschriften aus Bankkreisen veröffentlichen zu können, die wegen der Stellung ihrer Verfasser und wegen der Offenheit der Darlegungen allgemeineres Interesse beanspruchen dürfen. Eine Abwägung der Gründe und Gegengründe behalten wir uns vor; wir hoffen, unterdessen auch aus kaufmännischen Kreisen Äußerungen zu erhalten, und fügen heute nur zur Ergänzung die Sätze an, die Direktor Mankiewitz auf der letzten Generalversammlung der Deutschen Bank über die Markspekulation geäußert hat:

„Bedauerlicherweise tragen auch viele Werke, Aktiengesellschaften und Handelsfirmen in Deutschland zur Steigerung der Inflation und dadurch der Verschlechterung der Valuta dadurch bei, daß sie ihre Ausfuhr Guthaben im Auslande stehen lassen; sie müssen sich die im Inlande erforderlichen Betriebs- und Kaufmittel auf andere inflationierende Weise beschaffen, wenn sie nicht ihre Devisen verkaufen. Geht diese egoistische Methode weiter, dann muß Deutschlands Valuta immer weiter zurückgestoßen werden. Die allmonatlichen schwer schädigenden Zahlungen aus dem Clearing gehen nun zwar bald zu Ende; aber auch die Spekulation in Noten und ausländischen Sorten ist ein Unglück. Die Deutsche Bank hat kürzlich infolge eines

Auftrages verschiedene Millionen Dollarnoten zu verwerten gehabt; sie sind alle im Inlande geblieben. Das gewissen- und gedankenlose Spekulantentum und das Hamstern ausländischer Valuta ist ein Unglück, um dessen Abstellung sich alle bemühen müßten."

Wir lassen hier die beiden Äußerungen von Direktor G. H. Kaemmerer und Direktor A. Hübbe folgen:

Ich folge gern der Aufforderung des „W.-D.“, über den Vorschlag, welcher in der „Frankfurter Zeitung“ (Abendausgabe vom 24. November 1920) zwecks Einschränkung der Valutaschwankungen gemacht wird, meine Meinung zu äußern.

Der Vorschlag geht dahin, wenigstens die „wildten Schwankungen“ einzudämmen, indem gleichzeitig anerkannt wird, daß eine dauernde Stabilisierung auf irgend einer Basis zurzeit ausgeschlossen ist. Das „Eindämmen“ soll durch ein großes internationales Konsortium geschehen, das zu einem gewissen Mindestpreis „Mark“ aufnimmt und bei einer gewissen Marge über den Mindestpreis „Mark“ gibt, gegebenenfalls die Basis ändert, und, wenn möglich, eine ähnlich gerichtete Tätigkeit auch auf die übrigen schwankenden Valuten ausdehnt.

Ich halte

1. einen solchen Versuch für nicht tunlich,
2. die Möglichkeit einer auch nur „beweglichen“ Stabilisierung durch künstliche Mittel für nicht vorhanden,
3. den ganzen Vorschlag auch nicht einmal für verbesserungsfähig, sondern für abwegig.

Begründung: Daß ein internationales Konsortium von entsprechender Kapitalkraft für den gedachten Zweck praktisch unmöglich, undenkbar ist, kann naturgemäß nicht exakt bewiesen werden, und ist deshalb nur beiläufig zu erwähnen. Es könnten in Ansehung der erforderlichen Kapitalien nur die ersten Großbanken und Großbankiers der verschiedenen Länder in Frage kommen. Was dem Konsortium zugedacht wird, ist eine Spekulation für eigene Rechnung mit unbegrenztem Risiko, „angeblich“ für das allgemeine Beste, um sogenannte „wilde Schwankungen“ einzudämmen. Schon das Bekanntwerden der Teilnahme eines erstklassigen Instituts an einem solchen Konsortium würde seinen Kredit schädigen. Denn die Zukunft der zentraleuropäischen Valuten ist vollkommen in Dunkel gehüllt und heute in erster Linie überhaupt nicht eine Frage der Wirtschaftslage oder Wirtschaftsentwicklung, sondern eine Frage der äußeren Politik.

Da aber die Papiervaluten absolut unlöslich mit dem Staatskredit und den Staatsfinanzen verquickt sind, so würde unter heutigen Umständen selbst ein Ausschalten der äußeren Politik die Zukunft noch nicht erhellen. Denn die Finanzen der meisten zentraleuropäischen Staaten sind derart zerrüttet, daß sie, selbst wenn die äußere Schuld vollkommen gestrichen würde, nicht entfernt in der Lage sind, die übrigen Lasten, die sie auf sich genommen haben, auf regulärem Wege zu tilgen oder sukzessive zu amortisieren. Das ominöse Wort „Staatsbankrott“, mit dem sich in den seltensten Fällen irgendwelche greifbaren Vorstellungen verbinden, sollte soviel als möglich vermieden werden; jeder ernste Finanzsachverständige aber — ob er für opportun hält es auszusprechen oder nicht — weiß, daß die heutigen Staatsverbindlichkeiten, wenn überhaupt, so nur auf dem Wege eines Arrangements mit den Gläubigern zu lösen sind, nicht aber durch die bereits stark überspannte Steuerschraube.

Also wenn nicht eine Frage der äußeren Politik, so bleibt die Valuta eine Frage der innerpolitischen Entwicklung, eine Frage des „Arrangements“, dessen Einzelheiten niemand voraussehen kann. Daher ist Kauf oder Verkauf von Valuta auf irgend einer Basis ein Sprung ins völlig Dunkle.

Wie soll ein internationales Konsortium, das hier eingreifen wollte, vorgehen? Soll es in Permanenz Tag und Nacht irgendwo tagen und seine Entschlüsse per Majorität fassen? Werden da die Majorisierten noch mitmachen? Oder soll ein „prima Fachmann“ angestellt werden und auf Grund gewisser ihm zu erteilender Richtlinien das Konsortium für Millionen über Millionen engagieren? Man braucht sich nur ganz oberflächlich in die Materie zu versenken, um sofort ihre Unmöglichkeit zu erkennen.

Denkt man aber noch ein wenig weiter, so kommt man zu dem überraschenden Resultat, daß das große desideratum, das internationale „Nivellierungs-Konsortium“, tatsächlich bereits existiert.

An der über die ganze Welt verbreiteten heutigen Spekulation in der deutschen Valuta — so unendlich verbreitet, weil sie leider die vornehmste und interessanteste ihrer Art ist, der erschütterndste Fall unter den Valuten-Dramen —, an dieser Spekulation sind naturgemäß zu einem erheblichen Teil gedankenlose Spieler und Glücksjäger beteiligt, zu einem ebenfalls erheblichen und führenden Teil aber: die crème der geschäftlichen Intelligenz, welche, sei es in Verbindung mit ihren geschäftlichen Operationen, mit ihrer Vermögensverwaltung, sei es selbst in dem Versuch spekulativer Ausmünzung ihrer wirtschaftlichen und politischen Überzeugungen im Valutamarkt operieren. Dadurch findet jede Ausschreitung nach einer Richtung bald ihre Korrektur, muß sie finden, und in the long run ist die Preiskurve die durch die Umstände bedingte. Was man heute „wilde“ Schwankungen nennt, ist nur eine „Impression“, ist noch „milde“ in Ansehung der unendlichen Kompliziertheit und Verstecktheit aller Einzelfaktoren, welche einwirken. Die Schwankungen würden noch unendlich heftiger sein, wenn nicht die internationale Spekulation auf so überaus breiter Basis beteiligt wäre und mit Argusaugen den Gang der Dinge verfolgte, so daß jede örtliche Versündigung, wie gesagt, ihre Korrektur findet. Diese internationale Spekulation der gewiegtsten Wirtschaftskenner in Verbindung mit der internationalen Arbitrage stellt ein praktisches Garantiekonsortium dar, wie es wirkungsvoller garnicht ausdenken wäre.

Im übrigen ist es vollkommen unrichtig, daß die „heftigen Schwankungen“ das große Übel für unsere soliden Kaufleute sind.

Gegen diese Schwankungen können sie sich durch Terminoperationen und auf anderen Wegen schützen und wenn sich bei solchen Bemühungen manche Geschäfte zerschlagen, so liegt das nicht an den Schwankungen, sondern daran, daß wir infolge unserer Verarmung keinen Kredit haben, uns fremde Valuten und Rohstoffe auch leihweise nicht beschaffen können und für Terminangebote in Golddevisen nicht als „Aufgabe“ genommen werden!

„Wilde“ Preisschwankungen, um sich greifende Spiel sucht, Verschwendung und Verprassen erspielter Glücksgüter sind nicht Ursachen unserer Beschwerden, sondern nur unzertrennliche Symptome unserer außerpolitischen und innerpolitischen Lage. Einzig und allein an diesen letzteren kann der Hebel zur Besserung angelegt werden.

Das von der „Frankfurter Zeitung“ gebrauchte Bild: Man könne zwar nicht bestimmen, wieviel Wassermengen in einem Flußbett jeweilig zu Tal strömen, wohl aber könne man die Ufer eindämmen und Überschwemmungen hindern, in solchem Sinne sei auch das Garantiekonsortium gegen „wilde“ Valutaschwankungen gedacht — ist ganz abwegig.

Die wilden Valutaschwankungen werden ja in den Augen der „Frankfurter Zeitung“ durch die „böse“ Spekulation gezeitigt; sie dadurch eindämmen wollen, daß man noch einen

weiteren außerordentlichen potenten Großspekulanten in den Markt schießt, ist ein Trugschluß.

Die „Eindämmung“ kann ausschließlich dadurch geschehen, daß Außenpolitiker und Innenpolitiker Dämme aufwerfen, über welche hinaus auch überreizte Phantasien nicht mehr die Zukunft Deutschlands in Chaos und Dunkel tauchen können.

Hamburg, den 28. November 1920.

G. H. Kaemmerer,
Direktor der Norddeutschen Bank in Hamburg

*

Mit der Schriftleitung des „Wirtschaftsdienstes“ bin ich der Meinung, daß eine Erörterung des Themas, ob und wie eine Stabilisierung des Marktkurses durch bestimmte Maßnahmen praktisch anfaßbar ist, zweckmäßig ist.

1. Einen Versuch im gegenwärtigen Augenblick, mit Aussicht auf sofortigen praktischen Erfolg halte ich allerdings für aussichtslos. Das Problem der Valutaentwertung und starker Valutaschwankungen beschäftigt nicht nur Deutschland und einzelne kontinentale Mächte Europas, sondern wächst sich sichtbar aus zu einer Kalamität für alle Kulturstaaten. Die Dinge sind noch im Fluß, und vielleicht werden schon in den nächsten Monaten krisenhafte Entwicklungen sichtbar, die vornehmlich in England und Amerika eine ähnliche Hilflosigkeit gegenüber der Lage hervorbringen können, wie wir sie zu verzeichnen haben.

2. Die Möglichkeiten für eine wenn auch nur bewegliche Stabilisierung halte ich innerhalb der Machtgrenzen der deutschen Wirtschaft ebenfalls für noch nicht gekommen. Die Vorbedingungen fehlen noch. Erst müssen wir ein geordnetes Budget haben, das Ausmaß unserer Verpflichtungen aus dem wahn sinnigen Versailler Erpressungsdiktat kennen, geordnete Zolleinnahmeverhältnisse an den Grenzen und durchführbare Steuergesetze haben, dann ist die Grundlage für einen langsamen Wiederaufbau der heimischen Währung im Wege der Gesundung gegeben.

3. Der Vorschlag in der Abendausgabe der „Frankf. Ztg.“ ist nach meiner Ansicht, teilweise schon aus den vorher ausgesprochenen Gründen, zurzeit von wenig praktischem Wert. Er scheint mir aber auch von falschen Voraussetzungen auszugehen und dadurch nach meiner Auffassung zur Verkennung der praktischen Möglichkeiten zu führen. Der Artikel beginnt: „Amerika will nun endlich Kredit geben. (Es müßte wohl richtiger heißen „muß nun endlich Kredit geben“, wegen der Zwangslage drohenden Zusammenbruches durch Waren-Produkten-Anhäufung und Absatzstockung). Der Artikelschreiber erkennt aber, wie mir scheint, die Grenzen des finanziellen Könnens Amerikas und auch Englands. Von allererster Seite wurde vor wenigen Tagen aus Amerika geschrieben:

„Do not think of us as tremendously rich Americans.
We did have money but we loaned it away.“

Das ist ein offenes Wahrheitsbekenntnis von klarer Art für jeden, der wirtschaftlich und finanziell die Dinge in ihrer Gesamtheit übersieht.

Das internationale Konsortium, welches dem Artikelschreiber vorschwebt, ist nach meiner festen Überzeugung garnicht zu konstruieren; es müßte selbst bei Beschränkung auf die Regulierung der Reichsmark, mit einem Kapital ausgestattet werden, das private Initiative garnicht aufbringen kann. Die technische Durchführung würde einen Apparat bedingen von ungeheuerem Ausmaße dadurch, daß eine Beschränkung auf die beiden Plätze New York und Berlin unmöglich ist, wegen der internationalen Arbitrage an den in Frage kommenden übrigen Finanzzentren. Bei dem ungeheueren Umfange schwebender Markbeträge hier und im Auslande, die sich dauernd vermehren, solange unsere Notenpresse arbeitet, halte ich es praktisch für ausgeschlossen, die Größe der erforderlich werdenden Kapitalien auch nur mit einiger Bestimmtheit festzulegen, was doch die Voraussetzung sein muß, wenn ein solches Konsortium überhaupt ernsthaft die Verwirklichung seiner Aufgabe prüfen will.

Der in der „Frankf. Ztg.“ skizzierte Plan hat offenbar gewisse Vorgänge in der Vergangenheit vor Augen in kleinen Ländern, in denen Hand in Hand mit einer Finanzreform eine Valutaregulierungskommission in Anlehnung an die Staatsbank eingesetzt wurde, bei normalen Verhältnissen in der umliegenden Welt — und das ist der entscheidende Unterschied gegenüber den heutigen Verhältnissen — die den Wechselkurs stabilisieren konnte, häufig unterstützt durch sprunghaftes Zurückgehen auf die vorgesehene Goldparität. Ich wiederhole, daß nach meiner Überzeugung der Zeitpunkt für einen scharf umrissenen Aktionsplan noch nicht gekommen ist.

Dagegen meine ich, daß die bei uns in Berlin bereits eingesetzte Valutakommission in Zusammenarbeit mit der Reichsbank und dem Reichsfinanzministerium der Ausgangspunkt sein kann zu einem praktischen Angriff des Problems im Wege positiver Arbeit. Ich bemerke ausdrücklich, daß ich über die bisherigen Arbeiten der Valutakommission und ihre Organisation nicht unterrichtet bin, also keine Kritik ausüben will. Diese Valutakommission kann aber nach meiner Ansicht, besetzt durch führende Männer der Praxis, allein das berufene Organ sein, um, gedeckt durch die deutsche Regierung, zunächst in den übrigen Ländern, vornehmlich England und Nordamerika, die Einsetzung gleichgearteter Kommissionen hervorzurufen und die Brücke zu schlagen zwischen den Staaten-Regierungen der in Frage kommenden Länder.

Neben den Voraussetzungen, die ich weiter oben skizzierte als erforderlich für die Anfänge einer organischen Gesundung unserer Währung, muß und wird erst die Erkenntnis der eigenen wirtschaftlichen und finanziellen Nöte und der wirtschaftlichen Solidarität aller größeren Wirtschaftsmächte der Welt, die in Frage kommenden fremden Regierungen zwingen, das Valutaproblem gemeinsam mit der unserigen anzupacken und zu lösen.

Hamburg, den 30. November 1920.

A. Hübbe,
Direktor der Dresdner Bank in Hamburg

Die Sozialisierung des Bergbaus III

Die Begründung zu dem für Vollsozialisierung des Bergbaus eintretenden Vorschlag I geht von einer Erörterung der Zwangswirtschaft aus. Die gerade im sozialistischen Lager während des Krieges stark verfochtene Ansicht, daß die Zwangswirtschaft in ihrer weiteren Entwicklung den Übergang zum Sozialismus anbahne, wird bestritten. Ihre Notwendigkeit

im Kriege wird aber behauptet. Die Zwangswirtschaft wuchs, wie es in der Begründung heißt, „mit zwingender Gewalt aus der Forderung hervor, die Heeresversorgung sicherzustellen, sowie Umfang, Richtung und Tempo der Produktion mit den verfügbaren Rohstoffen und Arbeitskräften in Einklang zu bringen“.

Warum die Zwangswirtschaft auf die Dauer scheitern mußte, wird mit folgenden Auslassungen zu erklären unternommen: „Sofern die Zwangswirtschaft einen Versuch zur Rationalisierung der Wirtschaft darstellt, war sie unzweckmäßig, weil ihre Impulse zur Hebung der Produktivität schwach, hingegen die mit ihr verknüpften Hemmungen der Initiative sehr groß sind.“ Die Kritik richtet sich also mit Recht gegen die psychologischen Grundlagen der Zwangswirtschaft.

Von welchen psychologischen Voraussetzungen aber geht die Sozialisierungskommission aus? Worin unterscheiden sie sich von den Grundlagen der Zwangswirtschaft? Die Begründung zu Vorschlag I sagt darüber: „Der Gegensatz ist nicht: Freie oder Zwangswirtschaft, sondern kapitalistische oder sozialisierte Wirtschaft. . . . Wir wollen den im Kapitalismus ausgebauten Wirtschaftskörper durch Enteignung auf den gemeinwirtschaftlichen Gedanken einstellen, so daß alle Triebkräfte der initiativen Persönlichkeiten im gemeinwirtschaftlichen Rahmen gefördert werden und die innere Anteilnahme und lebendige Mitwirkung aller in dem Betriebe Tätigen als neuer entscheidender psychologischer Antrieb und sozialer Wert erzielt wird.“ In die gleiche Kerbe schlägt der Entwurf Rathenau. Er erkennt einerseits den Wert gewisser Unternehmerfunktionen durchaus an, will sie aber gleichwohl in höchstens 30 Jahren ausschalten. Dieser Widerspruch wird nach der Begründung zu Vorschlag II „überbrückt durch die Zuversicht, daß auch für schwierige und gefährdete Wirtschaftsgebiete der Ersatz der Triebkräfte des Erfolges durch die Triebkräfte des Gemeinnsinns in einer Periode sozialer Arbeit zu erhoffen ist“.

Was der nüchterne Beobachter heute allenthalben feststellt, sieht nun leider nicht so aus, als ob jene „Zuversicht“ auf sehr starken Füßen stehe. Der krasseste Egoismus feiert in allen Volksschichten Triumphe wie nie zuvor. Der lange Krieg und seine Folgen haben zu einer Verwilderung der Sitten geführt. Das traditionelle preußisch-deutsche Pflicht- und Verantwortungsgefühl ist in weitestem Umfange verloren gegangen. Wilde Streiks sind an der Tagesordnung; bei einem solchen erklärt ein Arbeiterführer in Berlin, die Lohnerhöhung würde durchgesetzt und wenn es über Leichen ginge. Eine ganz kleine Gruppe unzufriedener Elektrizitätsarbeiter zwingt einer Millionenbevölkerung tagelang ihren Willen auf, unbekümmert um die Folgen. Die „Schieber“ andererseits heimsen nach wie vor Riesengewinne ein. Der Staat ist in seiner Autorität durchaus geschwächt. Das Verbrechen tum nimmt überhand, und namentlich Rohheitsdelikte häufen sich grauenvoll. Man fragt sich, wie lange der Rest von Solidaritätsgefühl, von Gemeininn, der aus einer besseren Zeit in die Gegenwart hinüber gerettet werden konnte, wohl noch ausreicht, um das Schlimmste zu verhüten, die gänzliche Entfesselung der anarchischen Gewalten.

Kann man im Ernst glauben, daß es innerhalb einer Generation gelingen wird, an Stelle dieses Extrems eines krassen Egoismus das gerade Gegenteil davon zu setzen, den Gemeininn, der alle Schwierigkeiten meistert? Der Vorschlag Rathenau redet von „Zuversicht“. Aber Zuversicht ist noch nicht Wissen, und jene Zuversicht hat nicht einmal die Wahrscheinlichkeit für sich. Sie als Ausgangspunkt für eine grundlegende Änderung der Wirtschaftsorganisation zu betrachten, muß gefährlich erscheinen. In dem Sondervotum der Herren von Siemens-Vogelstein wird denn auch bemerkt, es sei „das einzig Richtige, Entschlüsse erst dann zu fassen, wenn die Voraussetzungen für sie vorliegen, nicht aber in einem Augenblick, in dem man selbst diese Voraussetzungen als nicht gegeben erachtet.“ Damit richtet sich das Sondervotum gegen die Festsetzung einer Frist für die

Überführung des nach Vorschlag II noch verbleibenden privaten Besitzes in das Eigentum der Allgemeinheit.

Die Auffassung, daß der Arbeiter nach erfolgtem Umbau der Kohlenwirtschaft im Sinne der Vorschläge der Sozialisierungskommission lediglich aus innerer Anteilnahme am Betriebe zu einer höheren Leistung gelangen werde, zeugt gleichfalls von einer Verkennung der psychologischen Tatsachen. Der Arbeiter erstrebt heute wie früher in erster Linie eine Besserung seiner wirtschaftlichen Lage. Die langersehnte Revolution artete sofort in eine große Lohnbewegung aus. Wenn der Arbeiter glaubt, nicht hinreichend bezahlt oder nicht genügend genährt zu sein, wenn ihm die Arbeitszeit zu lang ist oder wenn er sonst Forderungen hat, so wird er sie ebenso selbstverständlich beiden Stellen der neuen Gemeinwirtschaft vorbringen wie bisher bei den Behörden in den staatlichen Betrieben oder bei den Unternehmern in den privaten. Und er wird sie mit allen ihm zur Verfügung stehenden Mitteln durchzudrücken suchen, wie bisher.

In diesem Zusammenhang ist bemerkenswert, daß von Batocki in seinem Sondervotum betont, es müsse eine Mehrheitsbildung durch Interessenten in dem Organ der Kohlenwirtschaft verhindert werden, welches Preise und Lieferungsbedingungen festsetze. Zu diesen Interessenten rechnet er neben den Unternehmern die Arbeiter und Angestellten des Kohlenbergbaues: „Es geht nicht an, diesen Gruppen, deren Einkommen zum wesentlichen Teile von der Höhe der Verkaufspreise und der Art der Lieferungsbedingungen abhängen wird, mit 55 Stimmen die Mehrheit im Kohlenrat zu geben. Der Gedanke, daß diese Gruppen, wenn erst das Unternehmertum ausgeschaltet sein wird, bei solchen Beschlüssen rein altruistisch denken würde, erscheint mir als Utopie.“ Alle bisher mit den Betriebsräten gemachten Erfahrungen bestätigen diese Auffassung.

Die Massen werden sich erst dann beruhigen, wenn die allgemeinen wirtschaftlichen Verhältnisse bessere werden, vor allem also, wenn mehr produziert wird; denn davon hängt ja alles ab. Solange eine solche Besserung nicht eintritt, werden sie nicht aufhören, zu fordern. Es wird heißen, daß die bisherige Art der Sozialisierung nicht richtig war und daß es anders gemacht werden müsse, wenn der Arbeiter keine von der Umgestaltung der Wirtschaft ausgehende merkliche Hebung seiner Lebenshaltung feststellen kann. Ist die eine radikale Forderung erfüllt, so wird eine noch radikalere erhoben, und so geht es weiter. Ein Ende ist nicht abzusehen. Man verlangt die Sozialisierung immer weiterer Wirtschaftszweige, man verlangt zuletzt einen völligen Umsturz der bisherigen Organisation der menschlichen Gemeinschaft, des Staats, und enttäuscht schilt man die Helden und Propheten von gestern Verräter, wenn es ihnen nicht geglückt ist, das versprochene Heil zu bringen. Das Ideal ist ewig fern.

Es ist ganz unbestreitbar, daß der Gemeininn, als treibende Kraft zur Produktionssteigerung, ethisch gewertet, einen großen Fortschritt gegenüber dem jetzigen Motor des Egoismus darstellen würde. Aber der verantwortliche Wirtschaftspolitiker hat mit dem zu rechnen, was ist und was voraussichtlich sein wird, und dann erst anzustreben, was sein sollte. Daß eine Erziehungsarbeit im Sinne menschlicher Veredelung geleistet werden muß, ist heute mehr denn je zu betonen. Ihre Früchte aber darf man nicht vorwegnehmen, erst müssen sie einmal reifen!

Es geht uns mit der Sozialisierung sonst ähnlich wie mit dem Völkerbund. Der wahre Völkerbund, in dem wirklich eine paritätische Schlichtung aller Streitigkeiten erfolgt und die Vergewaltigung der Schwachen durch die Starken ein Ende findet, ist das Ziel jahrhundertalter Menschensehnsucht. Wie grausam sind aber alle diejenigen ent-

täuscht worden, die an ein Vorhandensein der psychologischen Voraussetzungen dafür nach vier Jahren brutalsten Kampfes ums Dasein glaubten! Auf deutscher Seite hat nicht zuletzt dieser Glaube dazu geführt, daß die Waffen gänzlich aus der Hand gegeben und wir wehrlos dem schrankenlosen nationalen Egoismus der andern ausgeliefert wurden. Auch am Ende der Sozialisierung muß, wenn sie unter falschen Voraussetzungen vorgenommen wird, wie es nach den Vorschlägen der Sozialisierungskommission der Fall wäre, der Zusammenbruch stehen.

Die falsche Psychologie tritt auch in Einzelheiten hervor. Die an die Arbeiter und Angestellten zu zahlenden Prämien werden sich zu einem festen Bestandteil des Lohnes oder Gehalts entwickeln, ohne direkten Zusammenhang mit der individuellen Leistung, da sie auf Grund des Ergebnisses im ganzen Bezirk oder Betrieb ausgeschüttet werden. Der von ihnen ausgehende Anreiz zur Produktionssteigerung wird im gleichen Maße abnehmen und schließlich verschwinden. Was die Prämien an die Unternehmer betrifft, so erscheint es fraglich, ob sie in der beabsichtigten Weise, vor allem mit der beabsichtigten Wirkung, überhaupt durchführbar sind. Mit Recht bemerken von Siemens-Vogelstein in ihrem sehr kritischen Sondervotum: „Die Normierung der Verkaufszuschläge und ihre Verteilung auf die einzelnen Werke muß so vorgenommen werden, daß sie weder dem Untüchtigen eine sichere Rente gewährt, anstatt ihn mit dem Risiko seines Handelns zu belasten, noch die Gewinnchancen des Mutigen und Weitblickenden zu sehr beschränkt.

Ferner müssen die Prämien für Verbesserung usw. nach festen Regeln an die Unternehmer fließen und dürfen keinesfalls von Majoratsbeschlüssen irgend eines höchsten, teilweise sachverständigen und keineswegs für derartige Entscheidungen geeigneten Gremiums abhängen . . . Ohne das Bestehenbleiben eines Anreizes zu den alltäglichen Verbesserungen würde die bisherige Wirtschaftlichkeit und Produktion dauernd zurückgehen. Ob allgemeine Grundsätze aufgestellt werden können, nach denen die Berechnung der Prämie in jedem Falle in einwandfreier, von Zufall und Willkür unabhängiger Weise möglich ist, erscheint zweifelhaft.“

Nach allem Gesagten ist der Bericht der Sozialisierungskommission mit den Vorschlägen I und II innerlich widerspruchsvoll, und die Bedenken kommen sogar aus den Reihen ihrer eigenen Mitglieder. Berücksichtigt man noch, daß die Begründung zu dem Vorschlag Rathenau der bisherigen Erfolgswirtschaft in vielen wesentlichen Punkten ein hohes Lob spendet, so ist es erklärlich, daß der Bericht des Sozialisierungsausschusses nicht geeignet war, einen Abschluß der einer gesetzlichen Inangriffnahme der Sozialisierung voraufgehenden Beratungen herbeizuführen, daß vielmehr die Erörterungen weitergehen. Eine brauchbare Lösung des Problems ist bis jetzt nicht gefunden worden. Eine völlig zufriedenstellende dürfte überhaupt nicht zu finden sein.

Der Verständigungsausschuß für die Sozialisierung hat sich inzwischen der Beratung eines neuen Projektes zugewendet, wonach der Bergbau vom Staate an die Unternehmer „zu Lehen“ gegeben werden soll.

Dr. Alfred Schmidt-Essen.

England

Das Arbeitslosenproblem

Recht bedenkliche Nachrichten kommen aus England über die Haltung der Arbeitslosen: sie gehen mit Gewalt gegen die Behörden vor. In Camberwell haben sie die Volksbibliothek nachts in Besitz genommen, allem Anschein nach, um Obdach zu finden. Zu dem gleichen Zweck haben sie in Walthamstow die Badeanstalt beschlagnahmt, nachdem 2 Personen auf der Straße verhungert zu sein scheinen. In Hackney kam es zu einem Krawall mit der Polizei, die die Beschlagnahme eines leerstehenden Hauses verhindern wollte. Das ist ihr zwar gelungen, aber die Territorial Drill Hall wurde von den Arbeitslosen besetzt und nur wieder geräumt, weil sie anfangen, sich untereinander zu zanken. In Tottenham haben sie das Rathaus zum Hauptquartier gemacht; in Edmonton ist ebenfalls das Rathaus in die Hände der Arbeitslosen übergegangen, die sich darin heimisch eingerichtet haben. Ferner wurden eine Menge leerstehende private Wohnhäuser von den Arbeitslosen mit Beschlag belegt, im Bezirk von London allein während der letzten Wochen handelt es sich dabei um etwa 30. Ein Teil der öffentlichen Gebäude ist inzwischen wieder geräumt worden, aber meist nur nach Überlassung von Privathäusern.

Bei den Arbeitslosen handelt es sich zum erheblichen Teil um entlassene Soldaten. An einzelnen Orten ist durch private Mildtätigkeit für die Arbeitslosen gesammelt worden. Die Behörden kommen ihnen überall freundlich, doch vorsichtig entgegen. Die Maßregeln, die in London und Umgegend angeblich gegen die Sinn Feiner getroffen wurden, waren in Wirklichkeit, wenigstens z. T., gegen die Übergriffe der Arbeitslosen gerichtet. Zu bemerken ist endlich, daß die Zeitungen wenig über diese Zustände bringen. Es sei dahingestellt, ob sie ihnen wirklich keine Bedeutung beilegen, oder ob sie es für angebracht halten, sie zu verschleiern. Uns scheint es, daß diese Zustände eine nähere Betrachtung des Problems durchaus rechtfertigen.

Die Arbeitslosigkeit hat im Verlauf der letzten Wochen zugenommen. Die Statistik der Labour Gazette

weist unter den Gewerkschaften Ende Oktober eine solche von 5,3% gegen 2,2% Ende September nach; nach den Berichten der Arbeitsbörsen waren Ende Oktober ungefähr 500 000 Personen gegen 274 000 Personen Ende September ohne Stellung.

Die Ziffern sind indessen zur Beurteilung der Lage nicht ganz einwandfrei, da der Kohlenstreik eine Menge Leute arbeitslos machte; gleichwohl scheint eine erhebliche Besserung durch die Wiederaufnahme der Arbeit in den Gruben nicht eingetreten zu sein, die Tendenz jedenfalls ist für die Arbeiter ungünstig.

Dazu kommt, daß die Lebenshaltung noch immer nicht wesentlich billiger wird. Daß das Brotgetreide durch die guten Ernten in Amerika billiger wird, kann auf den Brotpreis nur wenig Einfluß haben, da die Regierung den Zuschuß zum Brot aufgehoben hat; und im übrigen ist von wichtigen Nahrungs- und Genußmitteln nur bei Zucker ein erhebliches Sinken der Preise festzustellen. Die Indexzahlen des „Economist“ ergeben zwar folgendes Bild:

Datum	Getreide u. Fleisch	Ander. Nahrungsmittel	Textilien	Mine-ralien	Verschiedenes	Ins. gesamt	Steiger. in %
Durchschnitt d. J. 1901/5	500	300	500	400	500	2200	100,0
Ende Dez. 1919	1441½	881½	2442½	1145	1453½	7364	334,7
„ Juni. 1920							
„ Sept. „	1504	928	2362½	1311	1539½	7645	347,5
„ Okt. „	1560½	900½	1951	1316½	1446	7175	326,1
„ Nov. „	1478	869½	1651	1259½	1336	6594	299,7

Aber dieser Rückgang in den Engrospreisen ist weit entfernt davon, im Detailgeschäft zum Ausdruck zu kommen; im Gegenteil, diese steigen noch andauernd, wie aus den Mitteilungen der „Labour Gazette“ hervorgeht und wie der „Economist“ selbst auch zugeben muß.

Zur Steuerung der Arbeitslosigkeit insbesondere unter den entlassenen Soldaten sind eine Reihe von Regierungsprojekten ausgearbeitet und im Parlament genehmigt worden. Es handelt sich dabei im wesentlichen um zwei Pläne, doch laufen andere nebenher, die von geringerer Bedeutung sind. Einer der beiden großen Pläne betrifft die Unterbringung entlassener Soldaten in dem Baugewerbe, dadurch soll außer der Verwendung von brachliegenden Arbeitskräften das Defizit

an Häusern gedeckt werden, und wieder durch das Vorhandensein von Häusern an Stellen, wo Arbeit zu haben ist, der Zugang von Arbeitslosen aus übervölkerten Zentren ermöglicht werden. Es gibt zurzeit 65 000 weniger gelernte Bauarbeiter als vor dem Krieg und dieses Fehlen an gelernten Arbeitern bedeutet wiederum Arbeitslosigkeit für ungelernte Hilfskräfte; aber noch sind die Verhandlungen mit den Baugewerkschaften, die sich schon seit über einem halben Jahr hinziehen, zu keinem befriedigenden Abschluß gelangt. Die Bauarbeiter, die nach den in der englischen Bauindustrie geltenden Regeln das Monopol in der Verrichtung gewisser Arbeiten besitzen, halten den gegenwärtigen Arbeitermangel für eine nur vorübergehende Erscheinung und weigern sich deshalb, neue Arbeitskräfte in ihre Gewerkschaften aufzunehmen.

Das zweite Projekt Arbeiter zu beschäftigen, besteht darin, das Landstraßennetz Englands auszubauen, insbesondere um London. Die Grafschaften bzw. Kommunen sollen sich bei der Aufbringung der Kosten beteiligen. Die Grafschaft London hat sich bereits damit einverstanden erklärt; das Gesundheitsministerium will diese Arbeiten durch Kanalisationsanlagen ergänzen. Der Ausbau von Kanälen wird ebenfalls in die Hand genommen. Die zu all diesen Maßregeln erforderlichen Vorkehrungen sind längst über das Stadium der Vorbesprechungen hinaus; die gesetzlichen Vollmachten sind bereits zum größten Teil genehmigt; die Vorarbeiten sind aber noch nicht in Angriff genommen. So kann man auch aus diesen Maßregeln, außer für die Stimmung der Arbeiter, die sehen „daß etwas für sie geschieht“, keinen sofortigen Erfolg erwarten.

Weiter plant man die Errichtung neuer Fabriken an Zentren, in denen sich Arbeitskräfte zur Verfügung stellen. Hierüber, sowie über manches andere, erfährt man interessante Einzelheiten aus dem Bericht des Chief Inspectors for Factories and Workshops für das Jahr 1919. Obschon die Berichtsperiode etwas zurückliegt, sei doch aus dem Inhalt dieser soeben erschienenen Parlamentsdrucksache einiges wiedergegeben, umsomehr, als die Ereignisse und Maßregeln von 1919 ja heute erst, wo die Konjunktur abflaut, zur Wirkung kommen. Das Privatunternehmertum hat viel geschaffen, das zur Absorbierung von Arbeitskräften beiträgt, viel aber auch reformiert, wodurch Arbeiter brotlos wurden.

Auf der einen Seite wurden viele Werke erweitert, der Mangel an geeigneten Räumlichkeiten in Verbindung mit dem Fehlen an Bauarbeitern und Material hat dabei bewirkt, daß sehr oft ungeeignete Räume zu Werkstätten verwandelt wurden. Viele Werkstätten wurden auf der andern Seite durch Verwendung von Maschinenkraft in Fabriken verwandelt. In Bristol allein hat sich der Verbrauch von elektrischer Kraft seit 1914 fast verdoppelt. So erfreulich diese Tatsache ist, wenn man sie vom Standpunkt des technischen Fortschritts betrachtet, so dürfte eine ungünstige Rückwirkung auf den Arbeitsmarkt, wenigstens zeitweise, aus ihr erfolgt sein. Die gleichen Wirkungen haben möglicherweise die Trustbildungen gehabt, die besonders im Werftbetrieb, in der Glasindustrie, in der Strumpfwarenweberei, im Maschinenbau und in der chemischen Industrie Platz gegriffen haben. Die Fusion in der Waffenindustrie hat beispielsweise dazu geführt, daß Betriebe, die unrentabel oder unmodern arbeiteten, stillgelegt wurden.

Der Bericht erwähnt sehr lobend, daß die Frauen, die im Krieg an Stelle von Männern eingestellt worden waren, schon seit gute Löhne verdient hatten, sehr schnell und ohne Widerstreben in ihren eigentlichen Beruf zurückgegangen seien. In manchen Gewerben, die auch im Frieden auf Frauenarbeit angewiesen sind (Textil und Kartonnagen sei erwähnt) herrschte sogar zeitweilig Mangel an Arbeiterinnen; aber das

wurde bald anders, und der Chief Inspector konstatiert schon zu Ende des vorigen Jahres starken Mangel an Arbeitsgelegenheit für Frauen, und wenngleich in vielen Berufen auch heute noch mehr Frauen verwendet werden als früher, wirft der Bericht den Unternehmern doch vor, „daß sie bei der Entlassung von Frauen zu wenig darauf geachtet haben, ob das Werk sich nicht auf Frauenarbeit hätte umstellen lassen.“ Die lokalen Standorte der englischen Industrie fördern die Arbeitslosigkeit vielfach, da in manchen Gegenden, wo Männer Beschäftigung finden können, für Frauen keine Arbeit zu haben ist, und umgekehrt. Ein Ausgleich soll geschaffen werden durch Errichtung von Fabriken, die Frauen beschäftigen in Gebieten, wo hauptsächlich Männer beschäftigt werden, so in den Kohlenrevieren, durch die Errichtung von Textilfabriken; die Errichtung von Werften in den Textilgebieten ist bereits vor sich gegangen, z. B. in der Umgebung von Dundee, Alloa und Londonderry; auf diese Weise kann eine gleichmäßigere Beschäftigung der beiden Geschlechter herbeigeführt und nebenher die Wohnungsschwierigkeit vermindert werden. Hierbei handelt es sich vorläufig noch zum erheblichen Teil nur um Projekte. Dagegen ist durch Verkürzung der Arbeitszeit tatsächlich Arbeitsgelegenheit geschaffen worden.

Fast allgemein sind die normalen Arbeitsstunden auf 48, 47 oder noch weniger in der Woche vermindert worden; die Verkürzung der Arbeitszeiten ist ohne Gesetz vollzogen worden und der lange Kampf um die Fourtyeight Hours Bill dürfte somit erledigt sein. In den meisten Gewerben hat die Verkürzung der Arbeitszeit nicht einmal zu Streiks geführt; länger als 48 Stunden arbeiten nur noch einige Wäschereien, einige Nähstuben und jüdische Schneider in Ost-London. Die verkürzte Arbeitszeit gelangt teils in einer Sechstageswoche zur Anwendung, an jedem Tag wird mit nur einer kurzen Unterbrechung gearbeitet, teils in der Fünftageswoche mit doppelter Unterbrechung der Arbeitszeit; für die Absorbierung von Arbeitskräften ist das System der doppelten Schichten (von 6—2 und von 2—10) am vorteilhaftesten. Bei den Arbeitgebern ist dieses System sehr beliebt, weil es ihnen ermöglicht, neben den vor dem Krieg Beschäftigten, die während des Krieges angestellten Arbeiter im Dienst zu behalten; von Arbeiterseite steht man ihm skeptisch gegenüber; es hat noch keine große Verbreitung gefunden.

Man sieht, daß allerlei geschieht, geschehen ist und geschehen soll, um die Arbeitslosigkeit zu bekämpfen, aber die rückläufige Konjunktur kann leicht allen Bemühungen einen Strich durch die Rechnung machen. Wenn man in der „Times“ liest, daß Lloyd George und der Arbeitervertreter Clynes in „vortrefflichen Reden den Nachweis führen, daß die Produktivität der Industrie erhöht werden müsse und daß dies sogar den Arbeitern einleuchte“, so klingt das wie Hohn, denn auf einer andern Seite derselben Nummer steht, daß die Spinnereien in Lancashire nur noch drei Tage in der Woche arbeiten, da es an Aufträgen fehle und daß der Mangel an Arbeit in den Spinnereien auch bald die anderen Fabriken und Werke des Industriezentrums von Lancashire in Mitleidenschaft ziehen müsse. Die Konsumkraft des englischen Volkes hat eben gelitten, auf der andern Seite sind aber die produktiven Anlagen während des Krieges außerordentlich ausgedehnt und mit modernsten, z. T. Arbeit sparenden Maschinen ausgestattet worden. Da jetzt die Periode der zunehmenden Inflation vorüber zu sein scheint, kommt dies Mißverhältnis sowie die tatsächliche Verarmung Europas nunmehr zur Geltung, und das kann umso ernstere Folgen haben, als die bolschewistische Gedankenwelt auch in England Eingang gefunden hat und das Soldatenleben die Arbeiter vom industriellen Standpunkt aus „demoralisiert“ hat. Pt.

Ägypten

Stockung der Londoner Verfassungsverhandlungen — Zur Wirtschaftslage — Der deutsche Handel und die Rechtslage der Deutschen

Die Verhandlungen zwischen dem britischen Kabinett und der ägyptischen Delegation Zaghul Paschas sind ins Stocken geraten und die Ägypter haben London verlassen. Aus ägyptischer Quelle verlautet, daß die Veranlassung zu dieser überraschenden Wendung der Dinge ein verhältnismäßig geringfügiger und für einen Unbefangenen überhaupt kaum wahrnehmbarer Streitpunkt gewesen sein soll. In dem zwischen Lord Milner und der Kommission Zaghul Paschas vereinbarten Entwurf zu dem Abkommen über das zukünftige ägyptische Statut, ist der Aufhebung des englischen Protektorats über das Nilland nirgends formell Erwähnung getan. Dagegen wird ausdrücklich die ägyptische Unabhängigkeit von England anerkannt. Da sich Protektorat und Unabhängigkeit ohne Zweifel ausschließen, sollte man annehmen, daß damit eo ipso die englische Schutzherrschaft über Ägypten als aufgehoben gelten sollte. Erstaunlicherweise verlautet nun, daß die englische Regierung auf das Verlangen der ägyptischen Delegation den Wegfall des Protektorats in den Wortlaut des Abkommens aufzunehmen, ablehnend geantwortet habe. Englische Zeitungsnachrichten scheinen darauf hinzudeuten, daß diese Weigerung auf die Lord Milner feindlichen imperialistischen Strömungen innerhalb des englischen Kabinetts zurückzuführen sind, an deren Spitze Lord Curzon steht. Auch in der ägyptischen Delegation soll es zu Meinungsverschiedenheiten gekommen sein, die auch bereits in Ägypten selbst ihren Widerhall gefunden haben. Die Anhänger der gemäßigten Richtung, deren Vertreter in der Delegation Adli Jeghen Pascha ist, erheben gegen Zaghul den Vorwurf, daß er durch das überflüssige Aufwerfen der Protektoratsfrage, die ja durch den Text des Abkommens logisch entschieden worden sei, den Konflikt überhaupt erst geschaffen und die Opposition Lord Curzons und seiner Anhänger gestärkt habe. Auf jeden Fall sind die Verhandlungen vorerst abgebrochen und man wird sich darauf gefaßt machen müssen, daß zunächst das Verhältnis zwischen Ägypten und England keine Änderung erfahren wird.

Bemerkenswert ist, daß die Stockung, die in den Besprechungen zwischen der britischen Regierung und den ägyptischen Nationalisten eingetreten ist, von der englischen imperialistischen Presse bereits auf handelspolitischem Gebiet für ihre Zwecke ausgebeutet wird. So behauptet schon jetzt die „Times“, daß das Fallen der Baumwollpreise, die noch im Februar dieses Jahres 152 Tal. für den Kantar betragen und seitdem auf 50 Tal. gesunken sind, auf die Ernüchterung des ägyptischen Marktes zurückzuführen sind, der von einer Beseitigung der englischen Regierungskontrolle anarchische Wirren im Lande befürchtete.

Trotz der Depression, die auf dem ägyptischen Baumwollmarkt und infolge der allgemeinen Warenkongestion im ägyptischen Handelsleben überhaupt augenblicklich herrscht, darf man wohl die wirtschaftliche Lage des Landes als recht aussichtsreich bezeichnen. Der kürzlich veröffentlichte amtliche Bericht Lord Allenbys über die Finanz- und Verwaltungslage von Ägypten und dem Sudan für die Zeitdauer von 1914—1919 gibt ein anschauliches Bild von der gewaltigen Entwicklung, die die ägyptische Wirtschaft seit Kriegsbeginn erfahren hat. In den beiden ersten Kriegsjahren blieben die Importziffern stabil, um sich dann im Jahre 1916 fast um $\frac{3}{4}$ ihres bisherigen Betrages, d. h. auf rund 30 Mill. £-E zu erhöhen und 1918 sogar auf

48 Mill. zu steigern. Das Jahr 1919 brachte wohl infolge der politischen Wirren einen merkbaren Rückgang. Die ersten sieben Monate des Jahres 1920 jedoch zeigen bereits einen Einfuhrbetrag von über 48 Mill. £-E gegen nur 23 Mill. des vorausgegangenen Jahres. Wenn man hierbei auch in Betracht ziehen muß, daß diese Zahlen infolge der allgemeinen Preissteigerung nicht ohne weiteres in eine Parallele zu denen der früheren Jahre gebracht werden können, so steht doch außer Zweifel, daß selbst nach entsprechender Reduktion noch ein erhebliches Plus zugunsten des ägyptischen Einfuhrhandels übrig bleibt. Nicht ungünstiger ist es um die Ausfuhr Ägyptens bestellt. Seit 1914 weisen die Ziffern für den ägyptischen Export eine Steigerung von 24 Mill. £-E bis zu 75 $\frac{3}{4}$ Mill. im Jahre 1919 auf. Ein noch schnelleres Anwachsen der Exportziffern ist für das laufende Jahr zu erwarten, da Ende Juli bereits der Betrag von 67 $\frac{1}{3}$ Mill. erreicht war. Es ist allerdings vorauszusehen, daß das rasche Sinken der Preise für Baumwolle, die den Hauptexportartikel des Landes bildet, die Ausfuhr der zweiten Hälfte des Jahres ungünstig beeinflussen wird. Da jedoch auch das mit Baumwolle bebaute Areal erheblich gewachsen ist, dürfte wenigstens bis zu einem gewissem Grade ein Ausgleich stattfinden.

Die Beteiligung des deutschen Handels ist naturgemäß bisher nur gering geblieben, was ohne weiteres verständlich ist, wenn man in Betracht zieht, daß die natürlichen Träger des deutschen Handels, die deutschen Kaufleute praktisch bislang von Ägypten ausgeschlossen sind. Alle Geschäfte, die daher bis jetzt mit ägyptischen Firmen getätigt wurden, kamen unter Ausschluß des vor dem Kriege üblichen Weges, über die in Ägypten ansässigen deutschen Kommissionsfirmen zustande. Da heute mehr noch als unter den Friedensverhältnissen die unmittelbare Handelsverbindung mit eingeborenen oder levantinischen Firmen die Sicherheit des Geschäftes beeinträchtigt, gebietet natürlich die Vorsicht eine gewisse Zurückhaltung, die abgesehen von den an sich vorhandenen Erschwerungen des deutsch-ägyptischen Handels, seine Entwicklung nachteilig beeinflusst hat. Dazu kommt, daß die bisher bei der Behandlung des deutschen Eigentums in Ägypten geübte Praxis nicht gerade für den deutschen Kaufmann und Unternehmer ermutigend wirkte. Obgleich nach der Proklamation Lord Allenbys vom 9. 3. dieses Jahres der Öffentliche Sequester das Recht hat, das beschlagnahmte deutsche Eigentum bis zu einer Höhe von 1000 £-E freizugeben, hat er nach den letzten Nachrichten von diesem Privileg nur in beschränktem Umfange Gebrauch gemacht. Es ist schwer, für dieses Verfahren einen andern Grund zu finden als den Wunsch der Ausrottung jeder deutschen Beziehung zu Ägypten. Es mag auch ernüchternd auf die deutsche Kaufmannschaft eingewirkt haben, daß die ägyptische Regierung, die dem Prüfungs- und Ausgleichsverfahren gemäß Artikel 296 des Friedensvertrages nicht beigetreten ist, die deutschen Forderungen in Ägypten durch den Public Custodian einziehen ließ und einen unmittelbaren Verkehr zwischen Gläubiger und Schuldner und eine eventuelle gerichtliche Beitreibung der Forderungen nicht gestattete. Der deutsche Gläubiger, dem infolge dieses Verfahrens nur der Regreßanspruch an das Reich auf Grund des Artikels 297 i des Friedensvertrages bleibt, wird jedenfalls durch eine solche Behandlung nicht zur Wiederanknüpfung von Geschäftsverbindungen mit seinen ägyptischen Freunden ermutigt werden. Cp.

Vereinigte Staaten

Die Rohkautschuklage

Die Vereinigten Staaten unterziehen sich der mühevollen Arbeit der Deflation und Rohkautschuk wird hiervon härter betroffen, als fast jeder andere Wirtschaftszweig, aus dem Grunde, weil Kautschuk einer der wenigen Artikel ist, die nicht an dem ungeheuren Steigen der Preise nach dem Kriege teilgenommen, sondern im Gegenteil seit dem Waffenstillstande eine beständige Abwärtsbewegung gezeigt haben. Wir haben augenblicklich einen unnötig großen Vorrat, dessen genaue Höhe zu schätzen unmöglich ist. Im Gegensatz zu England, wo die Höhe der Lagerbestände jederzeit genau bekannt ist, haben die Vereinigten Staaten keine reguläre Organisation zu ihrer Erfassung. Fabrikanten und Händler scheinen die Kenntnis ihrer persönlichen Vorräte als eins ihrer Geschäftsgeheimnisse zu betrachten und sind geneigt, Auskunft darüber zu verweigern. Auf Verlangen ist jedoch gewöhnlich jeder Fabrikant bereit, aufs Geratewohl eine Schätzung der Gesamtbestände des Landes zu geben; folgende Angaben sind das Resultat einer kürzlich von dem „Trade News Service“ von New York gemachten Aufstellung, datiert vom 25. 10. 20:

In Zusammenhang mit kürzlich veröffentlichten Ansichten über die Erzeugung und den Verbrauch von Rohkautschuk sind verschiedene Urteile von Sachverständigen des New Yorker Markts abgegeben worden. Während diese größtenteils à la baisse gestimmt waren, sind nur wenige entgegengesetzte Meinungen darunter, da die meisten der Aufstellungen begründet sind auf dem Import und dem Verbrauch während eines bekannten Zeitraumes, nämlich der letzten 9 Monate dieses Jahres.

Gemäß den Schätzungen von Händlern waren am 1. 1. 20 65 000 t Kautschuk in den Vereinigten Staaten vorrätig, und die Ankünfte während der 9 Monate bis zum 30. 9. 20 beliefen sich auf 192 000 t, so daß während des ganzen Zeitraumes insgesamt 257 000 t Rohkautschuk auf den Markt gebracht wurden.

Der Verbrauch belief sich während des gleichen Zeitraumes auf 165 000 t, und zwar zwischen ca. 15 000 t im Januar und ca. 30 000 t im Mai, als die Fabrikation tatsächlich den höchsten Stand erreichte, während sie seitdem zurückging.

Bei Annahme dieser Schätzung würde sich am 1. 10. 20 ein Überschuß von 92 000 t, und bis Ende des Jahres, angesichts der zurzeit geringen Verarbeitung; auch selbst bei verminderter Einfuhr, von über 100 000 t ergeben. Die angegebenen Ziffern beziehen sich nicht nur auf Vorräte in den Lagerhäusern, sondern auch auf die in der Hand der Fabrikanten befindlichen. Die Lokoware in New York wird augenblicklich auf 30 000 t geschätzt; ein beträchtlicher Teil davon ist aber schon verkauft. Es ist schwierig, die tatsächlich zur Verfügung stehende Menge abzuschätzen.

Obige theoretische Schätzung scheint mit der allgemein geltenden Ansicht vieler Fabrikanten und Händler, die ich deswegen befragte, übereinzustimmen, sie schätzen den Vorrat durchschnittlich auf 75 000 bis 100 000 t.

Zur Berechnung des augenblicklichen Weltvorrats berücksichtigt der amerikanische Handel auch den von der Rubber Grower's Association am 31. 8. 20 angegebenen Vorrat in London, nämlich 33 000 t, der Ende des Jahres voraussichtlich 50 000 t betragen wird. Mit den überschüssigen Vorräten in Singapore, Colombo, Java und auf den brasilianischen Märkten beträgt der Weltüberschuß über 200 000 t. Die Zahl wird aber wohl etwas zu hoch bemessen sein.

Über Amerikas eigenen Plantagenbesitz im Osten kann folgendes gesagt werden: Soweit festzustellen ist, gibt es nur die folgenden vier amerikanischen Gesellschaften, welche im Osten Plantagen besitzen und bepflanzen.

Die United States Rubber Plantations, Inc. ist eine Tochtergesellschaft der General Rubber Company, und diese ist im Besitz der United States Rubber Company. Das Kapital der Gesellschaft setzt sich zusammen aus 10 Mill. \$ Vorzugs- und 20 Mill. \$ Stammaktien. Auf der Insel Sumatra hat sie langfristige Pachtverträge mit der niederländischen Regierung abgeschlossen; 46 000—48 000 acres sind mit Kautschuk angepflanzt und etwa 90 % davon sind ertragsreif. Sie hat weitere 50 000 acres auf Sumatra gepachtet. Auf der malaiischen Halbinsel, in Kedah und Johore, hat sie kürzlich Land gepachtet, wovon 6000 acres neu bepflanzt und 13 000 acres noch unbebaut sind. Wegen weiterer Pachtverträge wird noch mit der Regierung der malaiischen Schutzstaaten verhandelt.

Nach Angabe der Gesellschaft beträgt das in Pflanzungen angelegte Kapital ungefähr 10 Mill. \$ Gold. Diese Gesellschaft besitzt und bearbeitet also die größte „reine“ Kautschukplantage der Welt; deren Ausbeute genügt aber nicht zur Deckung des Bedarfs ihrer eigenen Fabriken, von denen sich 41 in den Vereinigten Staaten, 16 in Kanada und eine in England befinden.

Die Goodyear Fire and Rubber Company hat 20 000 acres in der Nähe von Medan, Sumatra, gepachtet, wovon 18 000 acres urbar gemacht und teilweise mit Kautschuk bepflanzt worden sind. Hiervon sind 2000 acres ertragsreif. Die Gesellschaft erwartet, daß 20 % des Bedarfs ihrer Fabriken gedeckt werden kann, sobald die 20 000 acres bepflanzt und ertragsreif sind.

Es läßt sich nicht feststellen, in welcher Höhe das Kapital für Plantagen verwendet wird, da die Geschäfte aller Goodyear Gesellschaften, der verarbeitenden und der produzierenden, einer allgemeinen inkorporierten Aktien-Gesellschaft unterstehen. Nach Angabe eines Beamten der Gesellschaft soll das in Plantagen angelegte Kapital aber ungefähr 4 Mill. \$ betragen.

Die Lebha Plantation Company, Ltd., eine Subsidiargesellschaft der Manhattan Rubber Manufacturing Company, besitzt eine Konzession von 2000 acres auf der Insel Java; davon sind 1200 acres im „Zapfstadium“, der Rest ist angepflanzt, aber noch nicht ertragfähig. Einzelheiten über Kapitalsanlagen der Lebha oder der Manhattan-Gesellschaft sind nicht erhaltbar. Es sind geschlossene Korporationen, deren Angelegenheiten nicht veröffentlicht werden. Meine persönliche Schätzung des Investitionswertes ist annähernd 500 000 \$.

Die Continental Rubber Company besitzt durch ihre Tochtergesellschaft, die Continental Plantation Company, Konzessionen in Sumatra im Umfang von 20 000 acres Land. Dieses ist noch nicht zapfreif, obgleich 4000 acres gerodet und 2000 mit Gummibäumen bepflanzt sind. Das Stammkapital der Plantations Company, die ihre Tätigkeit 1918 begann, beträgt 3 Mill. \$; ungefähr 1 Mill. \$ Gold ist schon für die Entwicklung der Plantagen ausgegeben worden. Ein Beamter der Gesellschaft war der Meinung, daß das Roden und Bepflanzen des übrigen Teiles sehr schnell vor sich gehen wird.

Zusammenfassend kann mit Sicherheit gesagt werden, daß Amerikas Besitz an Gummipflanzungen im Osten (einschließlich der beantragten) sich auf annähernd 159 000 acres beläuft,

wovon 46 200 acres jetzt ertragfähig sind, wie aus folgender Tabelle hervorgeht:

(In acres)	Tragend	Bepflanzt, nicht tragend	Gerodet, nicht bepflanzt	„Reserved“	Summe
U. S. Rubber	43 000	11 000	—	63 000	117 000
Goodyears ...	2 000	9 000	9 000	—	20 000
Manhattan ...	1 200	800	—	—	2 000
Continental ...	—	2 000	2 000	16 000	20 000
Total ..	46 200	22 800	11 000	79 000	159 000

Aus dem obigen geht hervor, daß Amerikas Gesamtanlagen sich jetzt zwischen 15 und 16 Mill. \$ belaufen. Der wirkliche Wert wird jedoch auf zwei bis zweieinhalb mal soviel geschätzt. Zu berücksichtigen sind Marktschwankungen, Preise und andere Faktoren.

Es ist nicht zu erwarten, daß die Vereinigten Staaten ihre Plantagen im Osten vorläufig nennenswert erweitern werden, wenigstens nicht bis die Gummisituation sich erheblich geklärt hat und die Preise gestiegen sind. Obgleich die amerikanischen Plantagen während der Periode der hohen Gummipreise gepflanzt wurden, und unter solchen Verhältnissen eine geraume Zeit bearbeitet wurden, ehe der Sturz kam, so war die Zeit dennoch nicht lang genug, um aus den Gewinnen Abschreibungen zu machen, wie so viele britische Gesellschaften es tun.

Daß Amerika von der Zukunft der Gummipflanzungen als Geschäft überzeugt ist, geht aus den neuerlichen Erwerbungen der United States Rubber Company in Malaga hervor. Nach einem zehnjährigen groß angelegten Versuch geht die Gesellschaft mit dem Gedanken um, ihren Besitz zu erweitern.

Es ist logisch, daß Amerika, der weitaus größte Gummikonsument, Geld in Gummipflanzungen anlegt, aus denen es den Bedarf decken könnte.

Amerika ist aber noch nicht dazu erzogen, wie England, sein Kapital so weit von der Heimat anzulegen und es ist eine bemerkenswerte Tatsache, daß die Eigentümer der Hauptplantagen in Händen der Gummifabrikanten sind, die einzig zu dem Zweck Plantagen ankaufen, um ihren eigenen Bedarf zu decken. Der Tag ist jedoch nicht mehr fern, an dem die amerikanischen Geldgeber sich mehr für überseeische Kapitalanlagen interessieren werden, denn der Erziehungsprozeß hat schon begonnen. Durch den Krieg ist unser nationaler Gesichtskreis erweitert worden und ein großer Teil der Abneigung zerstreut, die früher bei uns gegen geschäftliche Betätigung im Auslande bestand. Der Gedanke zwingt sich uns auf, daß wir bei unserer Stellung als Gläubigernation bei der zu so enormer Höhe anwachsenden Aktivität unserer Handelsbilanzen der Finanzierung unseres Außenhandels mehr Beachtung schenken müssen. Wenn wir die durch den Krieg herbeigeführte Stellung aufrecht erhalten wollen, so müssen

wir für unsern Exporthandel langfristige Zahlungsbedingungen einrichten und die Einfuhr begünstigen.

Durch die Gründung von „Edge Act“ Gesellschaften, die dazu dienen sollen, den Außenhandel zu finanzieren, wird das Publikum den Wert und die Notwendigkeit der Kapitalsanlagen im Auslande kennenlernen und die natürliche Folge wird sein, daß man Geld in Plantagen anzulegen wünscht, deren Produkte die Grundlage eines so großen Teils des kaufmännischen Lebens des Landes bildet. Niemand erwartet jedoch, daß diese Zeit schon bald kommen wird, sicherlich nicht, ehe die Kautschukindustrie sich von den Rückschlägen des Krieges erholt und einen Teil ihres Überschusses verbraucht haben wird. Amerika weiß, daß im Kautschukanbau der Höhepunkt überschritten ist, der „boom“, der englischen und andern schnell zugreifenden Kapitalisten so ungeheure Gewinne eingebracht hat und daß jetzt der Anpassungsprozeß eingetreten ist, ohne den keine neue Industrie zu einer gefestigten Grundlage gelangt. Ist diese einmal erreicht, so wird es sich vermutlich herausstellen, daß die Bildung neuer Gesellschaften auch vom Standpunkt der Kapitalsanlage wieder als günstig beurteilt werden kann.

Obgleich die Marktlage für Kautschuk flau ist und viele Reifenfabriken stillliegen oder die Arbeitszeit verkürzt haben, drückt Amerika durchaus nicht die zukünftigen Preise. In der Herstellung und im Gebrauch von Luxusautomobilen ist eine Abnahme festzustellen, aber Lastautos werden außerordentlich viel zum Frachttransport auf verhältnismäßig weite Entfernungen gebraucht. Die Entwicklung ist hierin eine so bedeutende gewesen, daß unsere Sprache ihr ein neues Wort: „Truck-transportation“ verdankt.

Gut beobachtende Amerikaner stellen in natürlichem Optimismus die Lage folgendermaßen dar: Nach der gegenwärtigen Registrierung beträgt die Zahl der Automobile aller Arten 7 750 000, das ist ein Auto auf je 13 Personen. In vielen Staaten jedoch kommt ein Wagen auf jede fünfte oder sechste Person und man ist der Ansicht, daß dies der Höhepunkt der amerikanischen Aufnahmefähigkeit für Automobile ist. Ein Auto für jeden fünften oder sechsten Einwohner der Vereinigten Staaten würde eine Gesamtsumme von ungefähr 20 Mill. Automobilen oder 80 Mill. Reifen bedeuten. Die Aussichten wären also nicht schlecht (die Richtigkeit jener Annahme vorausgesetzt), besonders, wenn man in Betracht zieht, daß die Reifenfabrikanten nur 70 % des importierten Kautschuks verarbeiten und die übrigen 30 % stabileren Industrien zugeführt werden.

Richard Headley Tingley

Geld und Kapital

Intervalutarische Kurse

	Hamburg 7. 12.	Berlin 7. 12.	Amsterdam 7. 12.	Zürich 7. 12.
Amsterdam .. 100 fl	2347,50	2347,63	—	195,25
Barcelona ... 100 Pesetas	967,50	961,50	42,65	82,50
Berlin 100 M	—	—	4,37½	8,33
Brüssel 100 fr	480,—	471,50	20,45	39,80
Budapest 100 K	16,50	14,98	—	—
Buenos Aires. 100 Pesos .	—	—	—	225,—
Helsingfors .. 100 FM ...	162,50	161,80	—	—
Kopenhagen .. 100 Kr	1090,—	1091,40	47,—	90,—
Kristiania ... 100 Kr	1085,50	1083,90	46,30	90,—
London 1 £	264,87½	262,20	11,33	22,40
Madrid 100 Pesetas	967,50	961,50	42,65	82,50
New York 1 \$	77,—	75,17	3,27½	6,44
Paris 100 fr	453,—	442,05	19,35	37,80
Prag 100 K	84,50	84,27	—	7,25

	Hamburg 7. 12.	Berlin 7. 12.	Amsterdam 7. 12.	Zürich 7. 12.
Rom 100 Lire ..	265,—	264,70	11,65	22,40
Stockholm ... 100 Kr	1472,50	1471,—	63,40	124,50
Wien 100 K neu.	20,50	22,47	0,97½	1,89½
Zürich 100 fr	1197,50	1166,30	51,10	—
	Wien 6. 12.	Prag 6. 12.	Paris 6. 12.	London 6. 12.
	K	K	fr	*)
Amsterdam. 100 fl	16825,—	—	511,—	11,38½
Berlin 100 M	775,50	119,75	23,50	265,50
Kopenhagen 100 Kr	7325,—	—	—	—
London 1 £	—	—	58 17	—
New York ... 1 \$	—	—	16,79½	3,46½
Paris 100 fr	—	—	—	58,28
Wien 100 K	—	15,50	—	—
Zürich 100 fr	8700,—	—	261,50	22,24½

*) Die Notierungen in London werden angegeben für ausländ. Einheiten für 1 £.

Abweichungen von der Münzparität in:

	Amsterd.	Zürich	Kopenh.	Stockh.	Wien
	7. 12.	7. 12.	7. 12.	7. 12.	7. 12.
Reichsmark	- 92 62	- 93,25	- 89,31	- 92,12	+ 462,82
Dt. österr. Krone	- 98 03	- 98,20	—	—	—
Französ. Frank.	- 59 68	- 62,20	- 42,70	- 57,22	—
Pfund Sterling	- 7,27	- 11,19	+ 3,29	- 1,21	—
Dollar	+ 31,74	+ 24,33	+ 88,20	+ 39,41	—

Londoner Notierungen überseeischer Kurse

	27. 11.	4. 12.
Alexandrien.....	97 ¹¹ / ₁₆ d pari	97 ¹¹ / ₁₆ d pari
Bombay/Kalkutta.....	1 s 6 ³ / ₁₀ d - 1 s 7 d	1 s 5 ¹ / ₂ d - 1 s 5 ³ / ₄ d
Hongkong	3 s 7 ¹ / ₂ d - 3 s 8 ³ / ₄ d	3 s 4 ¹ / ₂ d - 3 s 5 ¹ / ₈ d
Schanghai	4 s 9 ¹ / ₂ d - 4 s 10 ³ / ₄ d	4 s 4 ¹ / ₂ d - 4 s 5 ³ / ₄ d
Singapore	2 s 3 ²¹ / ₃₂ d - 2 s 3 ³¹ / ₃₂ d	2 s 3 ²¹ / ₃₂ d - 2 s 3 ³¹ / ₃₂ d
Yokohama	2 s 10 ¹ / ₂ d - 3 s 11 d	2 s 10 ¹ / ₂ d - 3 s 10 ⁵ / ₈ d
Montevideo T. T.	51 ¹ / ₄ d - 52 ¹ / ₄ d	53 ³ / ₄ d - 54 d
Rio de Janeiro	11 ⁷ / ₈ s	11 ¹ / ₂ d
Buenos Aires T. T.	52 ¹ / ₈ d - 53 ¹ / ₈ d	—
Valparaiso 90 T.	92 ³ / ₈ d - 93 ¹ / ₄ d	—

Geldverfassung und Währungspolitik

Nachdem die Bestimmungen der finnischen Valutaordnung vom 16. 2., die die Zahlungsgeschäfte mit dem Ausland einschränkten, aufgehoben sind, ist der Unterschied zwischen den offiziellen Notierungen der Staatsbank und den Preisen im freien Verkehr verschwunden. Die offiziellen Notierungen entsprechen nun der wirklichen Sachlage. Die Großbanken haben sich verpflichtet, unter dem offiziellen Verkaufskurs keine FM an das Ausland abzugeben. („Industrie- u. Handelsztg.“, Nr. 271 v. 29. 11. 20.)

Die Bank von Finnland hat am 9. 11. ihren Diskontsatz von 8 % auf 9 % erhöht. Es ist das der höchste gegenwärtige Diskontsatz einer Notenbank. („Mercator“, Nr. 45 v. 12. 11. 20.)

Die polnische Nationalversammlung beschloß eine neue Ausgabe von Banknoten im Betrage von 15 Milliarden poln. M., um das Defizit des laufenden Jahres zu decken und Lebensmittel anzukaufen. Im ganzen sind jetzt für 40 Milliarden M. Banknoten im Umlauf. („Nieuwe Rotterdamsche Courant“, Nr. 313 v. 1. 12. 20.)

Das Kapital der neuen „Bank der mexikanischen Republik“ wird 100 Mill. Golddollars betragen, wovon der Staat die Hälfte übernehmen wird. Die andere Hälfte wird von den Nationalbanken und Privaten gezeichnet. Die neue Bank wird Noten zu 5, 10, 20, 50, 100, 500 und 1000 \$ ausgeben, die auf Sicht in Metall einzuwechseln sind. („Lateinamerikanischer Zeitungsdiener“, Nr. 91 v. 27. 11. 20.)

Eine Notenausgabe von 30 Mill. Pesos soll in Paraguay erfolgen, um den Banken Kredite in dieser Höhe gewähren zu können. Diese Kredite, deren Zinssatz 12 % beträgt, sollen in einem Jahre nach der Erteilung zu rückgezahlt und der Notenumlauf dementsprechend vermindert werden. („Commercial and Financial Chronicle“, Nr. 2890 v. 13. 11. 20.)

Staatsanleihen

Das Reichsfinanzministerium beginnt mit der Veröffentlichung von Übersichten über die Finanzgebarung des Reichs für je 10 Tage. Aus der ersten Veröffentlichung für die Zeit vom 11. 11. bis 20. 11. geben wir folgenden Auszug (in Mill. M.):

Schifffahrt und Schiffbau

Deutschland

Hamburgs Schiffsverkehr im November. Im Monat November sind in Hamburg an Seeschiffen angekommen und abgegangen:

	Mit Ladung	Leer od. in Ballast	Zusammen	(Oktober)
	Zahl R. T. net.	Zahl R. T. net.	Zahl R. T. net.	Zahl R. T. net.
angekommen:				
Dampfer	323 445 463	46 60 599	369 506 062	(346 431 146)
Segler..	55 13 216	44 10 631	99 23 877	(84 27 843)
Zus. .	378 458 709	90 71 230	468 529 939	(430 458 989)
abgegangen:				
Dampfer	275 338 709	87 136 818	362 475 527	(348 441 998)
Segler..	109 18 421	5 4 129	114 22 550	(160 34 062)
Zus. .	384 357 130	92 140 947	476 498 077	(508 476 060)

	11. 11. bis 20. 11.	1. 4. bis 20. 11.
Gesamte Einnahmen	3 094	69 376
Davon schwebende Schuld	2 412	55 283
Gesamte Ausgaben	3 093	69 376
Davon f. fundierte Schuld	0,7	109
„ Schuldzinsen f. d. schwebende Schuld	93	5 224
„ fundierte	14	

Die schwebende Schuld betrug an diskontierten Schatzanweisungen am 10. 11. 144 315 Mill. M. Bis zum 20. 11. traten 10 588 Mill. hinzu und gingen 8 176 Mill. ab, so daß die Schuld auf 146 757 Mill. stieg. („Reichsanzeiger“, Nr. 274 v. 2. 12. 20.)

Die deutsch-österreichische Finanzverwaltung hat sich zur Ausgabe sechsjähriger Schatzscheine entschlossen, die von den Banken jederzeit zu pari erhältlich sein werden und dreimonatlich kündbar sind. Diese 6 % Schatzscheine stellen ein Anleihenpapier dar, das durch das Kündigungsrecht jederzeit zu einem kurzfristigen Schatzschein umgewandelt werden kann. Diese Form wurde besonders aus dem Grunde gewählt, um den ausländischen Besitzer österreichischer Kronennoten zur Anlage der Noten in Schuldverschreibungen zu veranlassen. („Deutsche Bergwerks-Zeitung“, Nr. 278 v. 23. 11. 20.)

Der Silbervorrat der Österreichisch-Ungarischen Bank, der sich auf 56 Mill. K beläuft, wird in den nächsten Tagen bis auf einen kleinen Restbestand nach Amsterdam gebracht, um zur teilweisen Deckung der deutsch-österreichischen Schuld verwandt zu werden. („Industrie- und Handelsztg.“, Nr. 275 v. 3. 12. 20.)

Die öffentliche Schuld Rumäniens beträgt gegenwärtig 11 Milliarden Lei, davon sind 3986 Mill. fundiert. Die schwebende Schuld im Betrage von 7162 Mill. Lei setzt sich folgendermaßen zusammen (Betrag in Lei):

10 % Schatzanweisungen (bei der Nationalbank)	1 600 000 000
6 % „ in Lire (in Italien aus- gegeben)	10 012 500
5 % „ in £ (in England aus- gegeben)	1 300 000 000
Zinslose „ (bei der Nationalbank)	1 500 000 000
1/2 % „ „ „ „ „	1 000 000 000
Anleihe bei der Bank Belgo-Argentine	25 000 000
5 % inländische Schatzanweisungen	400 000 000
Anleihen in fremder Valuta gegen Schatzanweisungen für Rechnung des Bureau Britannique	1 300 000 000
Vorschuß der französischen Regierung	10 000 000
Schatzanweisungen zum Ankauf von Lokomotiven in Amerika	17 387 500
Summe ...	7 162 400 000

Die Verzinsung dieser schwebenden Schuld erfordert jährlich 222 Mill. Lei. Da der Anteil an der öffentlichen Schuld der neuen Provinzen Transsylvanien, Bukowina und Bessarabien etwa 10 Milliarden beträgt und 5 Milliarden bei der Nationalbank zum Umtausch der Kronen- und Rubelnoten aufgenommen wurden, ergibt sich eine Gesamtschuld von 25 Milliarden Lei. („Handelsberichten“, Nr. 715 v. 25. 11. 20.)

Im englischen Unterhaus erklärte ein Regierungsvertreter, daß Serbien während des Krieges Kredite in der Höhe von nahezu 21 Mill. £ erhalten hat, wogegen 5 % Schuldverschreibungen vom 1. 1. 20 gegeben werden sollten. Nach dem Waffenstillstand erhielt die serbische Regierung Rohstoffkredite von ungefähr 1,5 Mill. £, für die 6 % Schuldverschreibungen hinterlegt werden sollten. Diese Papiere sind bisher noch nicht geliefert worden. („Times“, Nr. 42 576 v. 24. 11. 20.)

Einkommend wie ausgehend hat sich die Verkehrstonnage gegenüber dem Vormonat gehoben. Die leer oder in Ballast fahrende Räumte ist im einkommenden Verkehr zurückgegangen, hat dagegen im ausgehenden Verkehr zugenommen. Sie betrug bei den einkommenden Dampfern im November etwa 12 %, (Oktober 19 %, September 31 %), bei den ausgehenden Dampfern etwa 29 %, (Oktober 23 %, September 18 %).

Der Schiffsverkehr im Zeitraum 1. 1. bis 30. 11. 20 betrug:

	Angelommen		Abgegangen	
	Zahl	R. T. netto	Zahl	R. T. netto
Januar	341	247 448	364	263 607
Februar	297	230 729	297	214 280
März	305	231 204	332	246 881
April	392	262 997	348	241 995

	Angelkommen		Abgegangen	
	Zahl	R. T. netto	Zahl	R. T. netto
Mai	440	327 942	397	294 827
Juni	447	362 643	487	338 343
Juli	436	430 812	516	453 101
August	415	403 032	457	415 230
September	398	407 205	441	358 623
Oktober	430	458 989	508	476 060
November	468	529 939	476	498 077
Januar—November 1920	4 369	3 892 940	4 623	3 806 024
" " 1919	1 854	1 303 629	2 432	1 271 941
" " 1918	1 330	672 253	1 550	815 970
" " 1913	13 895	13 006 426	15 420	13 321 269

Der Verkehr hat demnach das Dreifache des vorjährigen und weniger als ein Drittel des Vorkriegsverkehrs erreicht. A. K.

Hamburg—New York. Die Royal Mail Steam Packet Co., die bereits regelmäßige Frachtlinien von Hamburg nach Westindien und Zentralamerika sowie nach Brasilien unterhält, kündigt für Beginn des neuen Jahres die Eröffnung eines regelmäßigen Güter- und Passagierdienstes zwischen Hamburg und New York an. Für die neue Linie sind die Dampfer Orduna, Orbita, Oropesa und Orca, Schiffe von 14 000—15 500 Tonnen, in Aussicht genommen. Sie werden Southampton und Cherbourg anlaufen. A. K.

Hamburg—Levante—Schwarzes Meer. Die im Jahre 1917 mit einem Aktienkapital von 15 Mill. Kr für den Verkehr zwischen Norwegen und den russischen Schwarzmeerrhöfen gegründete Norske Russland Linie beabsichtigt, nunmehr ihren regelmäßigen Dienst zunächst nach der Levante aufzunehmen, in den ausgehend wie heimkehrend Hamburg als Anlaufhafen einbezogen werden soll. Als erstes Schiff des neuen Dienstes wird der Dampfer Poljana (7000 Tonnen Tragfähigkeit) in Fahrt gesetzt werden. Er soll Ende Januar in Hamburg für Piräus, Konstantinopel, Bourgas, Varna, Constanza, Galatz und Braila laden. Ende Februar wird das Dieselmotorschiff Tosca von gleichfalls 7000 Tonnen Tragfähigkeit, das auch Passagiereinrichtungen hat, expediert werden. Später sollen noch zwei Schwesterschiffe der Tosca in den Dienst eingestellt werden. A. K.

Vereinigte Staaten

Die neuen Mitglieder des Schiffsahrtsamtes. Nach den neuen Merchant Marine Act soll das Schiffsahrtsamt der Vereinigten Staaten aus 7 Mitgliedern bestehen, die vom Präsidenten ernannt werden, und zwar aus je 2 Vertretern der atlantischen und der pacifischen Küsten und aus je 1 Vertreter der Golfküsten, des Seendistriktes und der binnländischen Staaten. Wie aus Washington berichtet wird, hat Präsident Wilson jetzt die Liste der neuen Mitglieder bekannt gegeben. Ernannt wurden:

1. Admiral William S. Benson, Vorsitzender, Demokrat, auf 6 Jahre,
2. F. J. Thomson, Demokrat, auf 5 Jahre,
3. J. N. Teal, Demokrat, auf 4 Jahre,
4. J. A. Donald, Demokrat, auf 3 Jahre,
5. Ch. H. Rowell, Republikaner, auf 2 Jahre,
6. G. L. Goff, Republikaner, auf 1 Jahr,
7. Ch. Sutter, Republikaner, auf 1 Jahr.

Von den Ernannten gehörten Benson und Donald bereits dem bisherigen Shipping Board an. Benson ist seit etwa einem Jahr der Vorsitzende des Amtes, Donald seit mehreren Jahren Mitglied. Von den neuen Männern ist Thomson ein Zeitungsverleger aus Mobile, Rowell Politiker und Herausgeber aus Kalifornien, Teal Rechtsanwalt und Bankier aus Portland, Goff Rechtsanwalt aus Wisconsin und Sutter ein Geschäftsmann aus St. Louis. Ein eigentlicher Schiffsahrtsachverständiger befindet sich demnach unter den neuen Mitgliedern nicht.

In amerikanischen Reederkreisen ist man überwiegend der Ansicht, daß aus diesem Grunde der Senat das Schiffsahrtsamt in seiner jetzigen Zusammensetzung nicht bestätigen wird. Von Harding wird berichtet, daß er sich bereits mit der Frage, wer künftig im Schiffsahrtsamt sitzen soll, beschäftigt habe. Man nimmt im allgemeinen an, daß von den ernannten Mitgliedern Benson und Donald, die dem Schiffsahrtsamt seit längerem angehören und deshalb bereits über eine wertvolle Erfahrung verfügen, auch künftig ihren Sitz beibehalten werden, daß aber die neu hinzutretenden fünf Mitglieder durch andere ersetzt werden, und zwar durch Männer, die mit dem Reedereiwesen vertraut sind.

Die erste Sitzung des neuen Shipping Board ist auf den 1. 12. anberaumt. Wie Benson der Presse mitteilte, wird das Amt zunächst die bisher in Kraft getretenen Bestimmungen der Jones Act auf die Notwendigkeit etwaiger Revision durchprüfen und sich dann über die bisher noch suspendierten Bestimmungen, insbesondere den vielumstrittenen Paragraphen 28 (Eisenbahn-Vorzugstarif für Waren, die mit amerikanischen Schiffen befördert werden) schlüssig zu werden. A. K.

Benson für internationale Vereinbarungen über Schiffsahrtsfrachten. Solange die Vereinigten Staaten für ihre Überseetransporte auf die Schiffsahrt der fremden Flaggen angewiesen waren, haben sie jede Vereinbarung, die die fremden Schiffsahrtsgesellschaften unter sich zur Vermeidung einer ruinösen Konkurrenz trafen, als ungünstig verfolgt. Mit dem Besitz einer eigenen Seeschifflotte scheint ihnen nun die Erkenntnis gekommen zu sein, daß es ohne solche konkurrenzeinschränkende Abreden doch nicht geht. Das Bemühen, mit den an der nordatlantischen Fahrt beteiligten fremden Linien zu einem Einverständnis über die Raten zu kommen, die Teilnahme amerikanischer Linien an der Pacifickonferenz, der in Aussicht stehende Anschluß amerikanischer Linien an der Europa-Ostasien-Konferenz sind Anzeichen dieser wachsenden Einsicht. Von den nordatlantischen Linien hat sich bekanntlich die French Line (Compagnie générale Transatlantique) bisher geweigert, der vom Schiffsahrtsamt angestrebten Konferenz beizutreten, weil sie es vorzieht, volle Ladung bei niedrigeren Raten zu erhalten, als bei den höheren Konferenzraten ihren Laderaum nur teilweise zu füllen. Sie macht geltend, daß der niedrige Stand der Raten eine Folge der Indienststellung zahlreicher Dampfer des Schiffsahrtsamtes auf diesen Routen sei, daß also das Schiffsahrtsamt selber die Schuld an den gegenwärtigen Verhältnissen auf dem Frachtenmarkte trage. Diese bedrohliche Gestaltung im nordatlantischen Frachtverkehr hat den Leiter des Schiffsahrtsamtes jetzt sogar zu dem Eingeständnis veranlaßt, daß er ein internationales Zusammenwirken zur Stabilisierung der Raten für unvermeidlich hält. Allerdings erwartet er die ersten Schritte zu diesem Ziele von diplomatischer Seite. Er möchte das bestehende System der von privaten Schiffsahrtsgesellschaften für bestimmte Fahrtrouten geschlossenen Konferenzen durch eine allgemeine Konferenz der in Betracht kommenden Staaten ersetzen, die das Rateniveau für alle Ozeanwege festlegen und damit jedem Staat die Möglichkeit einer Teilnahme am Weltverkehr unter völlig gleichen Wettbewerbsbedingungen gewähren würde. Er hält es nicht für ausgeschlossen, daß Frankreich, Japan, Norwegen und möglicherweise auch Deutschland einen solchen Vorschlag zur Vermeidung vernichtender Konkurrenzkämpfe annehmen würden.

In recht beträchtlichem Gegensatz zu dieser Auffassung steht die Tatsache, daß noch vor kurzem ungefähr 50 Schiffsmakler und Vertreter fremder Dampferlinien vom amerikanischen Schiffsahrtsamt angeklagt worden sind, weil sie Vereinbarungen zur Aufrechterhaltung der Frachtraten getroffen und damit angeblich gegen die Sherman Act verstoßen haben. Vom District Court sind sie freigesprochen worden wohl in Rücksicht darauf, daß das amerikanische Schiffsahrtsamt selbst an derartigen Konferenzen beteiligt ist, und die amerikanischen Linien unterstützt, daß sie den Anschluß an fremde Konferenzen gewinnen. A. K.

Die höheren Mannschaftskosten der amerikanischen Schiffe. Einen interessanten Vergleich der Mannschaftskosten auf amerikanischen, britischen, norwegischen und japanischen Schiffen gibt Mr. Rob. E. Annin in einem in der letzten Nummer der „Nautical Gazette“ enthaltenen Aufsatz über die Probleme der amerikanischen Handelsschiffsahrt. Er geht von dem Mannschaftsetat eines Schiffes von 8800 tons deadweight aus und legt die im Sommer 1919 gültigen Gagen und Löhne zugrunde. Da sich das Verhältnis dieser Löhne zueinander in der Zwischenzeit nur unwesentlich geändert hat, so geben sie eine auch für heute brauchbare Vergleichsgrundlage.

Es werden zunächst die Monatsgagen der Leiter der drei Hauptabteilungen des Bordpersonals (Deck, Maschine, Verpflegung) eines 8800-Tonnen-Schiffes verglichen. Sie stellten sich unter den verschiedenen Flaggen, wie folgt:

	amerikanisch	englisch	norwegisch	japanisch
Kapitän	357,50 \$	258,— \$	268,— \$	255,— \$
I. Maschinist ...	332,50 „	233,— „	221,— „	220,— „
Obersteward ...	135,— „	97,— „	156,— „	35,— „
	825,— \$	588,— \$	645,— \$	510,— \$

Bei diesem Vergleich ist unberücksichtigt geblieben, daß Amerika und Japan in Gold, England und Norwegen aber in unterwertigem Papier zahlen. Das englische Pfund Sterling in Papier gilt nur 3,40 \$ (anstatt 4,82 \$ in Gold) und die norwegische Krone in Papier nur 0,14 \$ (anstatt 0,26 \$ in Gold). Berücksichtigt man diesen Valutaunterschied, so stellen sich die Monatsgagen des Kapitäns, I. Maschinisten und Oberstewards zusammen auf:

	amerikanisch	englisch	norwegisch	japanisch
	825,— \$	411,40 \$	342,38 \$	510,— \$
und die Heuern des Vollmatrosen, Ölers und Trimmers, wie folgt:				
Vollmatrose	85,— \$	48,96 \$	27,69 \$	31,— \$
Öler	95,— "	52,46 "		48,— "
Trimmer	75,— "	48,96 "	26,02 "	25,— "

Berechnet man nun auf Grund dieser Sätze die monatlichen Mannschaftskosten für die verschiedenen Flaggen, so gelangt man zu folgendem Ergebnis:

	Mannschaft	Gesamtkosten	Durchschnittlich je Kopf
amerikanisches Schiff ...	48	5315,— \$	110,73 \$
englisches "	45	2750,— "	61,11 "
norwegisches "	40	1794,— "	44,85 "
japanisches "	59	2869,— "	48,47 "

Die zwischen den Kosten des amerikanischen, englischen und norwegischen Schiffes bestehenden Verschiedenheiten sind zum größten Teil nur Folge der erwähnten Valutaunterschiede. Würde man den normalen Stand der britischen und norwegi-

schen Währung zugrunde legen, so würde der Abstand sich beträchtlich verringern:

	Mannschaft	Gesamtkosten
amerikanisches Schiff	48	5315,— \$ = 100
englisches "	45	3924,— " = 74
norwegisches "	40	3378,— " = 64
japanisches "	59	2869,— " = 54

Der normale Valutastand dürfte indessen fürs erste kaum wieder erreicht werden. Der Vorteil der billigeren Währung, zu dem sich der weitere Vorteil der geringeren Mannschaftsziffer gesellt, wird also dem englischen und norwegischen Schiffe fernerhin zugute kommen.

Exakter ist der Vergleich zwischen den Kosten des amerikanischen und japanischen Schiffes, da beide Länder in Gold zahlen. Hier lassen sich auch die Unterhaltungskosten in den Vergleich einbeziehen. Sie stellen sich pro Mann und Monat für das amerikanische Schiff auf 37,50 \$, für das japanische auf 15 \$, an Heuern und Unterhaltungskosten verausgabt also:

	Heuern	Unterhaltungskosten	Zusammen
das amerikanische Schiff.	5315,— \$	1800,— \$	7115,— \$
" japanische	2869,— "	885,— "	3754,— "

Die Differenz zwischen beiden beträgt 3361 \$ pro Monat oder 40 332 \$ pro Jahr zuungunsten des amerikanischen Schiffes. Bei der Annahme, daß das Schiff im Jahre fünf Reisen ausführt, würde sich also für den Amerikaner eine Mehrausgabe von 8000 \$ je Reise gegenüber dem Japaner ergeben, das sind bei einer Ladefähigkeit des Schiffes von ca. 7000 t etwa 1,15 \$ je t Ladung.

A. K.

Vermischtes

Vom Baumwollmarkt. Die Firma Eiermann & Lucas schreibt uns: Die Baumwolleinfuhr in Hamburg betrug im November:

Amerikanische .	5714 Ballen	Ägyptische.....	350 Ballen
Ostindische	30901 "	Brasilianische ..	1293 "
Abfälle	2882 "		
Ostafrikanische.	873 "	Zusammen	42013 Ballen

Diese Zahlen sprechen zur Genüge für die Bedeutung, die sich Hamburg besonders im Laufe der letzten Jahre als Baumwollmarkt errungen hat. Wie aus den obigen Zahlen ersichtlich, erstreckt sich die Einfuhr nicht nur auf ostindische Baumwolle, für die Hamburg schon seit Jahrzehnten der gegebene Handelsplatz gewesen ist, sondern auch auf exotische Baumwolle — vornehmlich Brasil — für die Hamburg dank seiner ausgezeichneten Lage und weitreichenden Überseeverbindungen der gesuchteste Markt ist. Von amerikanischen Baumwollen sind seit Kriegsschluß beträchtliche Mengen ein- und ausgeführt worden, und es ist erfreulich zu konstatieren, daß, seitdem es gelang den ersten größeren Baumwolltransport aus Amerika, ca. 22 000 Ballen, nach Beendigung der Feindseligkeiten nach Hamburg zu ziehen, der Verein der am Baumwollhandel beteiligten Firmen weiter merklich bemüht ist, den damit für Hamburg als Baumwollhandelsplatz gesicherten Namen zu festigen und weiter auszubauen. Bei der lebhaften Nachfrage seitens der Baumwollindustrie konnte sich unser Markt in der Berichtswoche einen beträchtlichen Anteil sichern und das trotz der an manchen Tagen überaus heftigen Devisenschwankungen. Teils durch das auf den Weltmarkt drückende Angebot amerikanischer Provenienzen, teils durch die Verschlechterung des Silberkurses im fernen Osten wurde auch ostindische zu stark nachgebendem Preise angesetzt. Superfine mg. Scinde Dez./Janr.-Verschiffung von Bombay wurde gegen Wochenende mit 7 d per lbs. cif gegenüber dem ungefähren Preise von 8 d der Vorwoche umgesetzt.

Die rapide Preisverbilligung der Weltrohprodukte hat damit auch auf Ostindische übergreifen, und bei der allgemeinen Geschäftslage sind die aus Liverpool telegraphierten Marktmeldungen durchaus verständlich, wonach mit einem weiteren Preisrückgang gerechnet werden müßte. Außerhalb der größeren Umsätze in amerikanischer und ostindischer blieb das Geschäft sehr ruhig.

Loko und cif Brasils und andere Exoten fallen infolge dieser Deroute derzeit vollständig aus dem Rahmen,

und die Umsätze darin bleiben sehr gering. Prima Tientin Baumwolle erzielte bei vernachlässigten Nachfragen ca. 33.— M. per kg. Von England angebotene Ware fand mit 14 1/2 d keine Käufer. Raube Provenienzen, wie Comilla, Tippera, Assam, Java, waren stark vernachlässigt. Eigner von an den verschiedensten kontinentalen und englischen Hafenplätzen lagernden beträchtlichen Partien von Brasil, Haiti, Peru usw. finden es schwer, sich dem allgemeinen Rückgang anzupassen, infolgedessen Preise als zu hoch befunden am Markte ohne Interesse bleiben.

Ein erfreuliches Zeichen der Rückkehr zur Einsicht — wenn auch vielleicht notgedrungen durch die Verhältnisse des Weltmarktes bedingt — ist das von ernsthaften englischen Häusern in Liverpool in ihren Berichten zutage tretende Eingeständnis, daß eine Gesundung Europas und damit der ganzen Weltlage nur durch eine Rektifikation der Versailler Zwangsmaßnahmen erwartet werden kann.

Sicher ist jedenfalls, daß auch am Baumwollmarkt Liverpool eine recht gedrückte Stimmung herrscht und daß sich bei dem Überangebot von Offerten aus Amerika und England schwer sagen läßt, ob heute schon der Artikel Baumwolle seinen tiefsten Stand erreicht hat.

Vom deutschen Holzmarkt. Die Firma J. F. Müller & Sohn A.-G. schreibt uns: Die Lage des Holzmarktes hat sich im Monat November gegenüber dem Vormonat nicht wesentlich verändert, es fehlte so gut wie ganz an Einflüssen, welche die Nachfrage etwas lebhafter gestaltet haben würden. Deutsche Laubhölzer waren nur insoweit begehrt, als es sich um zum Schalen geeignetes Material handelte, während Schnitt- und Rundholz sich nur langsamer absetzen ließ. Für Weichholz scheint der tiefste Punkt des Preisabbaues überwunden zu sein; denn sowohl für Gruben- und Schleifhölzer ist eine gewisse Befestigung zu verzeichnen, als auch Schnittware letzthin eine geringe Besserung der Wertbemessung behaupten konnte. Im Fournierhandel sind wesentliche Veränderungen nicht zu berichten. Sperrhölzer wurden gelegentlich nach dem Auslande verkauft. Überseeische Hölzer erfreuten sich in bescheidenen Grenzen einigen Interesses, welches auch dadurch angeregt wurde, als ein deutscher Dampfer von der westafrikanischen Küste zum ersten Male seit Abschluß des Krieges unmittelbare Verschiffungen der früher hier im größten Maßstabe gehandelten Hölzer überbrachte, die auch zum größeren Teil schlank Absatz fanden.